

Lange Linien der wirtschaftlichen Bildung und Beratung privater Haushalte in der Bundesrepublik

In einer Welt ständigen Wandels erfordert die Begleitung der privaten Haushalte und Familien auf Wegen der wirtschaftlichen und finanziellen Bildung und Beratung vor allem einen langen Atem. Der Autor sieht seinen Beitrag weniger als einen haushaltswissenschaftlichen, denn als einen historischen: „Ein Beitrag, der das Engagement der Deutschen Gesellschaft für Hauswirtschaft (dgh) zu Fragen der wirtschaftlichen Bildung und Beratung über Jahrzehnte nachzeichnet. Eine solche Nachzeichnung liegt bisher nicht vor und kann eigentlich auch nur von Mitspielern vorgenommen werden, die an der Entwicklung beteiligt waren.“ Frank Bertsch, Mitglied der dgh, ist zweifellos ein solcher Mitspieler. – Der Beitrag beruht auf einem Referat während der Fachtagung am 07.03.2014 des dgh-Fachausschusses Beratung für Haushalt und Verbrauch (s. Seite 58 in dieser Ausgabe).

1 Rahmenbedingungen des Zivilisationsprozesses

Gesellschaft im Wandel

Was wandelt sich? Die gesamte Gesellschaft! Man kann sich die Gesamtgesellschaft als eine Aggregation von Ebenen und Strukturen vorstellen. Auch als ein Aggregat (mehrgliedriges Ganzes) sozioökonomischer und soziokultureller Mikro-, Meso- und Makrosysteme. Im Ergebnis als ein komplex strukturiertes evolutionäres Gesamtsystem.

Der Soziologe Armin Nassehi dagegen sieht eine „funktionale Differenzierung“ der Moderne. Die „zentralen Instanzen der Gesellschaft“ wie z. B. die Politik, die Marktwirtschaft und die Zivilgesellschaft, oder die Kultur, das Recht und die Bildung, entwickelten unterschiedliche interne Logiken. Es sei „... die Grunderfahrung der Moderne, dass sich die Zentralinstanzen der Gesellschaft voneinander weg bewegen.“ Die unterschiedlichen Teile fügten sich nicht mehr zusammen. Die Moderne erlebe sich deshalb als Krise (Nassehi 2012).

Wenn sich „zentrale Instanzen der Gesellschaft“ auseinander bewegen, ist dies auch eine Folge der Dynamik des ökonomischen und ökologischen, des sozialen und politischen Transformationsprozesses. Hier stellt sich die Frage nach der Fähigkeit „zentraler Instanzen“, inmitten dynamischer Veränderungen ihre „Logiken“ zu koordinieren und Lösungen in Zusammenhängen zu entwickeln. Die Steuerungsfähigkeit „zentraler Instanzen“ bleibt in den Veränderungsprozessen erkennbar zurück. Auf vielen Feldern ist ein Ringen um Handlungsfähigkeit zu beobachten. Auch auf Feldern der Bildung und Beratung.

In einer optimistischen Grundhaltung kann man Mikro-, Meso- und Makrostrukturen – also beispielsweise private Haushalte, freie Träger und Marktwirtschaft – durchaus als Strukturen mit unterschiedlichen Funktionen, Logiken und Organisationsprinzipien verstehen, die sich wechselseitig beein-

flussen, aber auch deutlich voneinander unterscheiden, kurz: die gar nicht zu einem Ganzen aggregiert werden müssen (gar nicht aggregierbar sind), vielmehr in ihrer pluralen Ausprägung nebeneinanderstehen und wirken. In dieser Sicht käme es dann darauf an, die spezifischen Aufgaben und Rollen, Potenziale und Regelungskompetenzen von eigenständigen Strukturen zu identifizieren, diese auf- und auszubauen und zu fördern.

Globalisierung und Transformation

Globalisierungs- und Transformationsprozesse nehmen auf die Art und Weise der privaten Lebensführung und Leistungserbringung der Haushalte, auf die Chancen und Risiken der sozialen Teilhabe entscheidenden Einfluss.

Globalisierung meint nicht nur wirtschaftliche Globalisierung, nicht nur Wechselwirkungen und Abhängigkeiten innerhalb der Weltwirtschaft, mit einer beispiellosen Vernetzung von Systemen (etwa bezogen auf Währungen und Finanzmärkte, Kommunikation und Verkehrslogistik), – meint vielmehr auch die Erfahrung der Welt als ein Ganzes, hinsichtlich Klimawandel und Ressourcenknappheit, bezogen auf Sicherheitsbedürfnisse oder Werthaltungen.

Transformation meint ökonomische, ökologische und gesellschaftliche Veränderung, etwa den Wandel der Gesellschaft, wie er sich in der Auflösung oder Differenzierung von Milieus, in der Entstehung von Bildungsarmut und wirtschaftlicher Armut, in Prozessen der Individualisierung und Pluralisierung und in der Ausdifferenzierung von Lebens- und Haushaltsstilen zeigt. Bildung und Beratung werden sich auf die Veränderungsprozesse einzustellen haben.

Kondratieff-Zyklen

Es ist, als wenn eine neue Zeit herauf zöge. Ökonomen gehen davon aus, dass im europäischen Zivilisationsprozess der

4. Kondratieff-Zyklus gerade ausgelaufen ist. Kondratieff-Zyklen sind seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert eine Folge langweiliger Zyklen mit immer neuen Schüben an wissenschaftlich-technisch-wirtschaftlichen Innovationen – und mit Veränderungen der sozialen-gesellschaftlichen-politischen Ordnungen. Sie dauern stets mehrere Jahrzehnte.

Der 4. Kondratieff-Zyklus begann mit dem Kriegsende 1945. Es folgten die berühmten „30 glorreichen Jahre“. Aufbaujahre. Mit den beiden Erdölkrisen in den 70er-Jahren überschritt der Zyklus seinen Höhepunkt. In den 80er-Jahren entstand Arbeitslosigkeit. Manche sehen das Ende des alten und den Beginn eines neuen Zyklus im Jahr 1990 mit dem Ende des Ost-West-Konflikts. Andere sehen das Ende des alten Zyklus erst mit der Finanzmarktkrise der letzten Jahre gekommen (Bertsch 2012).

Der Zivilisationsprozess befindet sich zweifellos in einer dynamischen, labilen und kritischen Phase. Für die humane Entwicklung der Gesellschaft haben Fähigkeiten der Selbstorganisation der privaten Haushalte und begleitende Regelungskompetenzen der intermediären Träger mehr denn je eine konstituierende Bedeutung. Die Bereitstellung von Referenzdaten und Referenzbudgets durch die Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft (dgh) passt sehr gut in die Übergangssituation des Zivilisationsprozesses (Preuß/Bödeker/Bürkin/Dörr u. a. 2013).

2 Operative Fähigkeiten der Bildung und Beratung

Die Entwicklung von Referenzdaten und Referenzbudgets als Vergleichs- und Orientierungsgrößen der wirtschaftlichen und finanziellen Haushaltsführung hat einen langen Vorlauf, in den die dgh immer wieder stark involviert ist.

Soziale Schuldnerberatung

Ein erster großer Beratungsschub erfolgte mit der Innovation der sozialen Schuldnerberatung. In den 80er-Jahren erlahmten nach einem langen Wirtschaftsaufschwung die wirtschaftlichen Kräfte. Es entstand Arbeitslosigkeit. Löhne und Einkommen begannen auseinanderzudriften. Es wurden Prozesse der wirtschaftlichen Verarmung ausgelöst (Korczak 2009). „Immer häufiger“ – erinnert sich Marius Stark – „mussten in der sozialen Beratung auf materielle, wirtschaftliche und rechtliche Fragestellungen Antworten gegeben werden.“ Die Beratung hoch Verschuldeter und Überschuldeter wurde „... zunehmend zu einer generellen Aufgabe in der Sozialen Arbeit“ (Stark 2012). Reaktionen erfolgten vor allem im Rahmen der Arbeit der Wohlfahrtsverbände. Die staatliche Politik sah Verarmung und Überschuldung lange als Randprobleme. Mitte der 80er-Jahre begann sich Schuldnerberatung als ein selbstständiger Handlungsansatz herauszubilden, entstanden die ersten Schuldnerberatungsstellen. In den 90er-Jahren ereignete sich ein Entwicklungsschub, der in der Einführung des Verbraucherinsolvenzverfahrens gipfelte. Heute gibt es in der Bundesrepublik etwa 1000 Schuldnerberatungsstellen.

Bereits in der Frühphase der Schuldnerberatung tauchte die „Budgetberatung“ als ein wesentlicher Aktionsparameter auf. Werner Just kennzeichnete die Beratungsaufgaben als:

„Existenzsicherung
Schuldenregulierung
Budgetberatung
Schuldnerschutz
Psychosoziale Hilfen
Hilfen zur Überwindung der materiellen Notlage und (der) Wirkungen der Überschuldung“ (Just 2012)

Verbraucherinsolvenzberatung ergänzte dieses Konzept.

Schuldnerberatung erfolgt heute datengestützt. Schuldnerberatungsprogramme (z. B. Cawin) nehmen auch alle Einnahmen und Ausgaben eines Überschuldeten auf, die sowohl für die Einschätzung der Liquidität wie für die Budgetberatung von Bedeutung sind. Ein Vergleich mit mittleren empirischen Referenzbudgets für unterschiedliche Haushaltstypen kann dabei hilfreich sein (zumal Überschuldung in allen Einkommenschichten vorkommt).

Präventive Einkommens- und Budgetberatung

In Fragen der Budgetberatung trat die dgh vor 20 Jahren mit dem innovativen Pilotprojekt der „Einkommens- und Budgetberatung für Familien in der Hansestadt Rostock (eibe)“ auf den Plan. eibe war ein Pilotprojekt des Bundes und des Landes. Nach der Entstehung der Überschuldungsberatung in den 80er-Jahren entwickelte das Modellprojekt eibe in den Jahren zwischen 1994 und 1998 erstmals den Typus der präventiven wirtschaftlichen und finanziellen Bildung und Beratung. Implementiert wurden die Fähigkeiten der Beratung durch den seinerzeitigen Vorsitzenden der dgh, Michael-Burkhard Piorowsky (Universität Bonn). Geschäftsführend geleitet wurde eibe von Anfang an von Bettina Sobkowiak. Die Beratungsstelle begeht in Bälde ihr 20-jähriges Jubiläum des Bestehens.

Risiken der Wiedervereinigung

Rostock hatte nach der Wiedervereinigung 1990 – wie der gesamte Osten – den abrupten Wechsel von einer Zentralverwaltungswirtschaft in eine Marktwirtschaft zu bewältigen, zugleich von einer Mangelwirtschaft in eine Wirtschaft des Überflusses. Rostock erlebte den Kollaps des Export-Hafens der ostdeutschen Volkswirtschaft. Die friktionelle Arbeitslosigkeit war außerordentlich hoch. Die konkrete Situation trug zur Standortwahl des Projekts bei.

Der abrupte Systemwechsel ließ zunächst weniger die Chancen als die Risiken der privaten Haushalte erkennen. Die Haushalte mussten den Auftritt auf Konsummärkten lernen. Sie mussten sich gegen die ungewohnte Konsumwerbung wappnen. Sie hatten einen enormen konsumtiven Nachholbedarf und mussten lernen, mit ihren eigenen Wünschen, mit Geld und Kredit umzugehen. Der Bedarf an einer allgemeinen wirtschaftlichen Bildung und Beratung war objektiv sehr hoch.

Unmittelbar vor Augen geführt wurde mir dies 1990 in Schwerin, wo ich beim Aufbau des Landes Mecklenburg-Vorpommern mitgewirkt hatte. Nach Bonn in das Bundesfamilienministerium zurückgekehrt, suchte ich Verbündete für den Aufbau einer präventiven wirtschaftlichen Bildung und Beratung von privaten Haushalten und Familien zu gewinnen. Ich benötigte drei Jahre an Überzeugungsarbeit.

Empowerment der privaten Lebensführung

Wirtschaftliche Bildung und Beratung strebt ein Empowerment der privaten Lebensführung an. Ein Empowerment wird insbesondere den Set an Ressourcen eines Haushalts und dessen Lebenslage in den Blick nehmen. Wirtschaftliche Bildung und Beratung wird eine Optimierung (erstens) der Einkommenserzielung und des materiellen Ressourcenaufkommens, (zweitens) der Ressourcenaufteilung und Alltagsorganisation sowie (drittens) der Ressourcenverwendung in Kombination mit der Nutzung lebensräumlicher Infrastrukturen anstreben.

Für die Ressourcenaufteilung und Ressourcenverwendung geben die von der dgh statistisch ermittelten „Referenzdaten für Haushaltsbudgets“ Orientierung (Preuße/Bödeker/Bürkin/Dörr u. a. 2013). Die Nutzung der Referenzdaten – im Zuge der Selbstorganisation privater Haushaltsführung oder in Systemen der Budgetberatung – richtet sich auf eine höhere Bewältigungskompetenz, eine bessere Leistungsentfaltung sowie eine langfristige Sicherung des Lebensstandards und der Lebensqualität.

Budgetberatung, die die Aufteilung und Verwendung des im Alltag verfügbaren Einkommens in den Blick nimmt, lässt sich mit einer Einkommensentstehungsberatung vervollständigen. Es ist das Alleinstellungsmerkmal der präventiven Einkommens- und Budgetberatung eibe in Rostock, dass sie seit den 90er-Jahren eine Einkommensentstehungs-, -verteilungs- und -verwendungsberatung durchführt (Piorkowsky 2002). Diese Fähigkeit wurde mit dem haushaltswissenschaftlichen und haushaltswirtschaftlichen Wissen der dgh implementiert, und zwar über eine jahrelange Schulung der Berater/innen der präventiven Beratungsstelle.

Einkommens- und Budgetberatung für Familien in der Hansestadt Rostock (eibe)

Die präventive eibe-Einzelfallberatung verfügt im Wesentlichen über fünf Instrumente:

- Die haushaltswissenschaftlich erprobte „Haushaltsanalyse“ dient der Analyse und Gestaltung der gesamten Finanzwirtschaft der Rat suchenden Haushalte, einschließlich der Beurteilung von Alternativen des Erwerbs und der Möglichkeiten erweiterter Einkommenserzielung. Neben dem kurzfristigen Finanzmanagement werden mittel- und langfristige Finanzierungsperspektiven der Lebensentwürfe geprüft (Planungsberatung).
- Budgetberatung stützt sich auf die Haushaltsbuchführung der Haushalte und die neuen „Referenzdaten für Haushalts-

budgets“ der dgh. Sie dient vor allem der Gestaltung der Ressourcenaufteilung und Einkommensverwendung.

- Transfereinkommensberatung wird mit der Budgetberatung verbunden und klärt über das Sozial- und Transfersystem auf.
- Kreditberatung dient zum einen der Bedarfsreflexion und einem Vergleich von Kreditarten und Kreditkosten, zum anderen aber auch der Beratung bei Eigenheimfinanzierung und Existenzgründung und bei Lebensübergängen.
- Außerdem ist bei Liquiditätsgrenzen eine Schuldnerberatung für im Prinzip noch zahlungsfähige Schuldner möglich.

Es gibt ein Datenerfassungssystem und ein Datenauswertungsprogramm mit Kennzahlen.

Die Beratungsstelle eibe führt heute mit rund zehn Mitarbeitenden sowohl eine präventive Einkommens- und Budgetberatung als auch eine nachgehende Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung durch. Neben der Einzelberatung (und Kleingruppenberatung) gibt es einen interessanten Fächer von Maßnahmen der Gruppenbildung und Gruppenberatung. Prävention und Rehabilitation sind zusammenhängende Aufgabenstellungen, auch was die Ausschöpfung des Potenzials an personalem fachlichen Wissen anbelangt. Die beiden Beratungslinien schöpfen die Beratungskompetenzen aus. Die Beratungskombination ist produktiv und gesellschaftspolitisch glaubwürdig. eibe hat sich zu einer der modernsten wirtschaftlichen Beratungsstellen der Bundesrepublik entwickelt.

Beratungsdienst „Geld und Haushalt“ der Sparkassen

Auf dem Instrumentarium des Pilotprojekts eibe baute ursprünglich das Budgetmanagementsystem des Beratungsdienstes „Geld und Haushalt“ der Sparkassen auf. Das System hat sich in der Zwischenzeit verselbstständigt. Gerade erst wurden die auf der Auswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) beruhenden Referenzdaten der dgh in das System der Sparkassen übernommen. Die Zusammenarbeit zwischen der dgh und dem Beratungsdienst der Sparkassen bewährt sich seit vielen Jahren.

Das Budgetmanagementsystem der Sparkassen ist kein Beratungssystem im eigentlichen Sinne, sondern ein Selbstinformationssystem, das die Hoheit über die Gestaltung des Haushaltsbudgets bei den privaten Haushalten belässt. Das System vermittelt über das Internet die Möglichkeit, vergleichend eigene Haushaltsaufwendungen zu überdenken. Die haushaltseigenen Ausgaben werden den statistischen Daten und Referenzbudgets gegenübergestellt. Private Haushalte erhalten so die Möglichkeit, ihr Ausgabengebaren selbstständig zu analysieren, zu kontrollieren und zu korrigieren. Damit vermittelt das System zugleich eine Budgetkompetenz. Es steht für die Kultur eines eigenständigen Budgetmanagements.

Neu aufgebaut vom Beratungsdienst der Sparkassen wird im Jahr 2015 das Angebot einer „Budgetanalyse“ privater Budgets, für die die von der dgh ermittelten Referenzbudgets einen wichtigen Bezugsrahmen abgeben. Eine solche „Budget-

analyse“ – völlig standardisiert und vollautomatisch durchgeführt – kann zu einem Beratungsbrief per Internet mit Empfehlungen bzw. Empfehlungsbausteinen führen. Empfohlen werden kann beispielsweise eine Haushaltsbuchführung oder eine Einkommens- und Budgetberatung vor Ort oder auch eine Schuldnerberatung.

Der Beratungsdienst „Geld und Haushalt“ entwickelt unter seiner Leiterin Korina Dörr gerade das modernste Selbstinformationssystem, über das wir in der Bundesrepublik verfügen. Vielleicht sollte dieses System zur besseren Identifikation einen attraktiven Namen erhalten.

Nachholbedarf an Bildung und Beratung

Nach meinem Eindruck hat sich der Gedanke der präventiven wirtschaftlichen und finanziellen Bildung inzwischen in der Bundesrepublik durchgesetzt. Vor allem gilt dies für die finanzielle Bildung von Jugendlichen an allgemeinbildenden Schulen. Die vielen Bildungsprojekte folgen jedoch unterschiedlichen Zielsetzungen und weisen eine unterschiedliche Qualität auf. Bemerkenswert ist das Bildungsengagement geschulter Schuldnerberaterinnen und -berater. Wünschenswert wäre die Vorgabe qualitativer Essentials durch die Kultusministerien der Länder für die lokalen Bildungsprojekte der Schulen. Unabhängig vom nicht enden wollenden Streit um ein Unterrichtsfach würde eine pragmatische Förderung der Bildungsarbeit an Schulen durch die Kultusministerien dazu beitragen, der chronischen Diskontinuität von Bildungsangeboten ein Ende zu setzen.

In der Breite noch nicht durchgesetzt hat sich die präventive wirtschaftliche und finanzielle Beratung. Allerdings gibt es vielversprechende Ansätze, über die Beratungsangebote der Verbände der Bundesarbeitsgemeinschaft Hauswirtschaft (BAG-HW) und der Familienbildung, über den Beratungsdienst „Geld und Haushalt“ der Sparkassen, über eibe und andere soziale wie kommerzielle Dienstleister. Auch professionelle kommerzielle Dienstleister – wie etwa die „rw-budgetberatung“ in Kronberg/Taunus – gehören zu diesen Ansätzen. Über Jahre geführte Diskussionen tendieren zu der Auffassung, dass Beratungen grundsätzlich mit einem Kostenbeitrag der Klienten verbunden sein können, wenn diese nicht überschuldet sind.

Erste Anwendungen der Referenzdaten der Deutschen Gesellschaft für Hauswirtschaft, etwa im Rahmen des Beratungsdienstes des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), lassen erkennen, dass sich die Referenzdaten als Prozessoren der weiteren Entwicklung der wirtschaftlichen und finanziellen Beratung bewähren. Es würde sich lohnen, die verschiedenen Träger wirtschaftlicher und finanzieller Beratung einmal mit einer Fachtagung zu vernetzen.

Haushaltsbuchführung

Haushaltsbuchführung ist für Haushalte ein seit alters her bewährtes Selbstinformationssystem. Viele von uns werden den

„Budgetplaner“ und „Meine Haushaltskasse – gut im Griff“ des Beratungsdienstes „Geld und Haushalt“ der Sparkassen kennen. Diese Produkte wurden in den 90er-Jahren von der dgh entwickelt. Sie bildeten das Ergebnis eines Joint Venture von Bundesfamilienministerium (BMFSFJ), Deutscher Gesellschaft für Hauswirtschaft (dgh) und Deutschem Sparkassen- und Giroverband (DSGV), nachdrücklich unterstützt von den Chefebene. Die operative Umsetzung lag beim damaligen Vorsitzenden der dgh, Michael-Burkhard Piorkowsky, bei der seinerzeitigen Leiterin des Beratungsdienstes „Geld und Haushalt“, Birgit Bornemann, und beim Referat für wirtschaftliche Fragen der Familienpolitik des Bundesfamilienministeriums unter meiner Leitung.

Dem Joint Venture von Politik, Wissenschaft und Wirtschaft war Erfolg beschieden, weil die wirtschaftlichen Verhältnisse der 90er-Jahre vielen Haushalten eine Selbstkontrolle ihres Ausgabeverhaltens nahe legten, weil – wie eine Umfrage ergab – bis dahin relativ wenige Haushalte regelmäßig ein Haushaltsbuch führten und weil es wenig schlüssige Konzepte der privaten Buchführung auf dem Markt gab. Die Aufgabe bestand also darin, ein möglichst verständliches Buchführungskonzept zu entwickeln. Dies gelang auch. Über Jahre wurden immer bessere Konzepte entwickelt – bis hin zum „Euro-Budgetplaner 1999 – 2002“. Selbstverständlich war dies nicht. Ich kann mich erinnern, dass es im Vorstand der dgh Auseinandersetzungen darüber gab, ob an der doppelten Buchführung festgehalten oder eine einfachere Buchführungslösung für Zwecke der privaten Buchführung entwickelt werden sollte (Barbara Seel versus Michael-Burkhard Piorkowsky). Die Innovation gelang, mit der Folge, dass es heute moderne und für breite Schichten verständliche (Print-) Medien der Haushaltsbuchführung gibt. Gesellschaftspolitisch dringend geboten wäre es, erneut eine Kampagne pro Haushaltsbuchführung einzuleiten.

Lebenshaltungsaufwendungen für Kinder

Referenzdaten! Es gab in den 80er- und 90er-Jahren eine lebhafte gesellschaftspolitische Diskussion darüber, was Kinder kosten. Damals gab es keine validen statistischen Daten, mit denen man etwa die Höhe kindbezogener Transfers und Steuerermäßigungen begründen konnte. Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) erhob haushaltsbezogene, nicht aber personenbezogene Aufwendungen der Lebenshaltung. Sie ließen sich in Familienhaushalten einzelnen Personen – Eltern und Kindern – nicht zuordnen. Die Bundesregierung sah sich mit fragwürdigen Berechnungen und Forderungen konfrontiert. Die Situation war unhaltbar. Um es vorwegzunehmen: Sie wurde geklärt. Im Wesentlichen durch die wissenschaftliche Arbeit von Persönlichkeiten der dgh, herausragend Georg Karg und Klaus Hesse.

1982 hatte das Bundesfamilienministerium das Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) beauftragt, Methoden und Berechnungen zur Bestimmung der Lebenshaltungskosten von Kindern zu untersuchen. 1987 wurde

beim Bundesfamilienministerium eine Arbeitsgruppe „Lebenshaltungsaufwendungen für Kinder“ gebildet, der u. a. die Wissenschaftler Wilhelm Breuer (ISG), Georg Karg und Klaus Hesse (dgh), Heinz Hautzinger (Institut für Angewandte Verkehrs- und Tourismusforschung, Heilbronn) und Manfred Euler (Leiter des EVS-Referats im Statistischen Bundesamt) unter meiner Leitung (Bundesfamilienministerium) angehörten.

Die Arbeitsgruppe kam überein, die EVS 1988 zu nutzen. Dabei waren eine ganze Reihe statistischer Probleme zu lösen. Von zentraler Bedeutung war die Aufteilung des Blocks der Ernährungsausgaben auf Eltern und Kinder. Diese Aufteilung galt lange Zeit, Jahrzehnte, als unlösbar. Die Arbeitsgruppe vergab mehrere Forschungsaufträge, darunter 1990 das Forschungsprojekt „Die Bestimmung von personengruppenspezifischen Mengenschlüsseln für die Lebensmittelgruppen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe“ an Georg Karg, Lehrstuhl für Wirtschaftslehre des Haushalts am Institut für Sozioökonomik des Haushalts an der Technischen Universität München (Karg/Froitzheim/Steinel; Hamacher/Hautzinger; Hesse/Scheffter).

Karg gelang es, aus den Daten der Nationalen Verzehrsstudie 1985 – 1988 personale Verzehrsmengenschlüssel abzuleiten, die sich auf die Daten der EVS anwenden ließen. Es waren Kargs „Mengenschlüssel“, die die Ermittlung der Lebenshaltungskosten von Kindern ermöglichten (Euler 1993). Als er die Ergebnisse seiner empirischen Forschung (1992) in der Arbeitsgruppe vortrug, habe ich das erste und einzige Mal erlebt, dass sich der stets ernst auftretende Statistiker Euler ausgelassen freute.

Die Lebenshaltungskosten von Kindern wurden vom Statistischen Bundesamt mit dem erarbeiteten statistisch-methodischen Ansatz und den Daten der EVS 1993 erneut berechnet.

Eine statistisch veränderte Lage führte dazu, die personenbezogene Aufschlüsselung der Haushaltsaufwendungen in der EVS 1998 erneut einer Arbeitsgruppe beim Bundesfamilienministerium zu übertragen – im Kern mit der alten wissenschaftlichen Besetzung, Georg Karg, Klaus Hesse, Heinz Hautzinger, Wilhelm Breuer, vom Statistischen Bundesamt jetzt mit Margot Münnich und Jürgen Hertel und unter der Leitung von Jürgen Fuchs, BMFSFJ (Münnich/Krebs 2002).

In den Anfangsjahren des neuen Jahrhunderts kam es zu einer Richtungsänderung des statistischen Interesses im Bundesfamilienministerium. Die Ermittlung der Lebenshaltungskosten von Kindern auf der Grundlage der EVS wurde nicht fortgesetzt. Im Mittelpunkt stand jetzt die Wirkung von Leistungen für Kinder im Transfersystem und im Steuerrecht.

Das Statistische Bundesamt hingegen setzte auf der Grundlage der EVS 2003 mit den alten Verteilungsschlüsseln der EVS 1998 die Ermittlung durchschnittlicher Konsumausgaben für Kinder fort. Allerdings schränkte das Amt die Aussagefähigkeit der Daten erheblich ein. Die erneut berechneten „Konsumausgaben für Kinder“ könnten nicht mit tatsächlichen „Lebenshaltungskosten für Kinder“ gleichgesetzt werden,

weil sich nach fünf Jahren die Ausgabenstruktur der Privathaushalte wesentlich verändert habe (Münnich 2006).

War das komplexe Ermittlungsverfahren der Lebenshaltungsaufwendungen für Kinder bereits 2003 veraltet, musste dies erst recht für die EVS 2008 gelten. Dennoch stützte sich das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) bei der Bestimmung der existenzsichernden Regelsätze für Kinder auf der statistischen Grundlage der EVS 2008 nochmals auf die Verteilungsschlüssel der EVS 1998. In Beantwortung einer Kleinen Anfrage der SPD führte das BMAS aus: „Künftig werden die Regelsätze für Kinder auf der Basis der von Kindern bzw. für Kinder getätigten Verbrauchsausgaben ermittelt. Dabei werden spezielle für die Verteilung der in der EVS ermittelten Haushaltseinkommen von Haushalten mit einem Kind konzipierte Verteilungsschlüssel genutzt, die von Wissenschaftlern im Auftrag des BMFSFJ entwickelt und vom Statistischen Bundesamt für Berechnungen bereits genutzt wurden“ (BT-Drs. 17/2525).

Das Statistische Bundesamt hat inzwischen eine Neuberechnung der „Konsumausgaben von Familien für Kinder“ auf der Grundlage der EVS 2008 vorgenommen (Statistisches Bundesamt 2014). Diese Berechnung greift noch immer auf die früher ermittelten Aufteilungsschlüssel der Haushaltsaufwendungen zurück, die nun auf die EVS-Daten des Jahres 2008 übertragen wurden. Methodische Kernsätze lauten: „Grundlage für die Berechnungen bildeten... die von den Forschungsgruppen für die EVS 1998 entwickelten statistisch-methodischen Verfahren für die anteilmäßig großen Bedarfskomplexe Wohnen, Ernährung (...) und Verkehr.“

„Die Anwendung dieser bestehenden Aufteilungsschlüssel auch auf die Daten der EVS 2008 impliziert, dass sich das Konsumverhalten der Haushalte seit 1998 nicht zugunsten oder zulasten der Kinder verändert hat.“

Selbstverständlich wären zeitnahe wissenschaftliche Studien erforderlich gewesen, um erneut Verteilungsschlüssel für die Aufteilung der Haushaltsaufwendungen auf Eltern und Kinder zu gewinnen. Im Interesse staatlicher Glaubwürdigkeit wäre es geboten, für künftige Ermittlungen von Lebenshaltungsaufwendungen für Kinder aktuelle Aufteilungsschlüssel zu generieren.

Die von der dgh ermittelten Median-Referenzdaten für Haushaltsbudgets basieren auf der EVS 2008. Gesellschaftspolitisch wünschenswert wäre es, bei der Wiederholung der Berechnungen mit den Daten der nächsten EVS ergänzend auch mittlere Lebenshaltungskosten für Kinder ausweisen zu können. Zumindest sollte man hierüber einmal mit dem Bundesfamilienministerium und dem Statistischen Bundesamt sprechen.

Schlussbemerkung

Die Gesellschaften unserer Tage sind ständig in Bewegung. Der Zivilisationsprozess fordert immer wieder eine Anpassung der privaten Lebensführung an sich ändernde Rahmen- und Lebensbedingungen. Er fordert Fähigkeiten des Risikoman-

gements und der Krisenbewältigung. Die Anforderungen in häufig gebrochenen Lebensverläufen sind hoch. Besonders in Großstädten zeigen sich die Risiken der kulturellen, wirtschaftlichen und räumlichen Fragmentierung der kommunalen Zivilgesellschaften. Dem gegenüber bleiben Problemlösungsfähigkeiten der privaten Haushalte selbst und der begleitenden institutionellen und infrastrukturellen Umgebungen zurück. Bildung und Beratung hängen deshalb nicht von Konjunkturen ab. Sie sind geradezu Essentials des modernen Zivilisationsprozesses.

Quellen

- Bertsch, Frank: Soziale Schuldnerberatung – Ort der Mitmenschlichkeit in der säkularen Krise, 25 Jahre-Jubiläum der Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung des Diakonischen Werkes Oberhausen, Oberhausen 9/2012
- Deutscher Bundestag (2010): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag (BT-Drs. 17/2525) betr. „Auswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 durch das Statistische Bundesamt und Planungen zur Bemessung der Regelsätze“, BT-Drs. 17/2752 vom 17.08.2010, Antwort zu Frage 20.
- Euler, Manfred (1993): Aufwendungen für Kinder. In: *Wirtschaft und Statistik (WiSta)*, 10/1993.
- Hamacher, Ralf/Hautzinger, Heinz (1995): Verkehrsausgaben für Kinder in unterschiedlichen Haushaltstypen. In: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): *Lebenshaltungsaufwendungen von Kindern*. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Band 43. Stuttgart, Berlin, Köln
- Hesse, Klaus/Scheffter, Matthias: Die Ermittlung des Einflusses von Kindern auf den privaten Verbrauch mit Hilfe des „Functionalized Extended Linear Expenditure System“ (FELES). In: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): *Lebenshaltungsaufwendungen von Kindern*. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Band 43. Stuttgart, Berlin, Köln
- Just, Werner (2012): Schuldnerberatung ist Sozialarbeit, in: *Schuldnerberatung – eine ganzheitliche Aufgabe für methodische Sozialarbeit*. Freiburg
- Karg, Georg/Froitzheim, A.; Steinel, Margot (1995): Bestimmung von personengruppenspezifischen Mengenschlüsseln für die Lebensmittelgruppen der Einkommens und Verbrauchsstichprobe. In: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): *Lebenshaltungsaufwendungen von Kindern*. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Band 43. Stuttgart, Berlin, Köln
- Korczak, Dieter: Der öffentliche Umgang mit privaten Schulden. In: *ApuZ Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bonn 26/2009
- Münnich, Margot (2006) Einkommensverhältnisse von Familienhaushalten und ihre Ausgaben für Kinder – Berechnungen auf der Grundlage der Ergebnisse der EVS 2003. In: *Wirtschaft und Statistik (WiSta)*, 6/2006
- Münnich, Margot/Krebs, Manfred (2002): Ausgaben für Kinder in Deutschland – Berechnungen auf der Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998. In: *Wirtschaft und Statistik (WiSta)*, 12/2002.
- Nassehi, Armin: Das „Goldene Zeitalter“ ist vorbei, in: *DIE ZEIT* vom 02.08.2012
- Piorkowsky, Michael-Burkhard (2002): Präventive Einkommens- und Budgetberatung – Das Bundes- und Landesmodellprojekt „Einkommens-Budget-Beratung für Familien in der Hansestadt Rostock (Eibe Rostock)“, Evaluationsbericht für das BMFSFJ; Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft e. V. (Hrsg.); Aachen/Bonn
- Preuße, Heide/Bödeker, Stefanie/Bürkin, Birgit/ Dörr, Korina u. a. (2013): Referenzdaten für Haushaltsbudgets, Vergleichs- und Orientierungsgrößen für die Budgetberatung; Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft (Hrsg.), Osnabrück
- Stark, Marius (2012): Von der Existenzsicherung zur professionellen Schuldnerberatung. Die Geschichte eines jungen Arbeitsfeldes in der Sozialarbeit, in: *Schuldnerberatung – eine ganzheitliche Aufgabe für methodische Sozialarbeit*. Freiburg
- Statistisches Bundesamt (2014): Konsumausgaben von Familien für Kinder, Berechnungen auf der Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008, Wiesbaden 2014 (destatis 06.06.2014)

Frank Bertsch

Diplomvolkswirt; Publizist, Ministerialrat a. D.

frank.bertsch@gmx.de

Vorstandswahlen in der Bundesarbeitsgemeinschaft Hauswirtschaft

Martina Schäfer vom Bundesverband hauswirtschaftlicher Berufe e. V. (MdH) wurde am 8. März 2014 in ihrem Amt als Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft für Hauswirtschaft (BAG-HW) bestätigt. Zu ihrem 1. Stellvertreter wählten die Delegierten Daniel Fuchs, Volkssolidarität Bundesverband e.V.

Martina Schäfer war vor zwei Jahren als Nachfolgerin von Christina Hohmann-Schaub zur Vorsitzenden des Vorstandes der BAG-HW gewählt worden und erhielt jetzt einstimmig das Vertrauen zur Wiederwahl.

Auf fast fünfzehn Jahre erfolgreiche Arbeit kann die Bundesarbeitsgemeinschaft hauswirtschaftlicher Verbände

(BAG-HW) inzwischen zurückschauen. Sie wurde 1999 auf Wunsch aller hauswirtschaftlicher Verbände und Organisationen auf Bundesebene gegründet und ist seit Januar 2000 als Beirat in der Deutschen Gesellschaft für Hauswirtschaft (dgh) beheimatet (Adresse der Geschäftsstelle der BAG-HW wie die der dgh). Den entsprechenden Bundesministerien und anderen Institutionen steht seitdem ein Ansprechpartner mit seinem umfassenden Netzwerk zur Verfügung.

Zurzeit sind in der BAG-HW 13 Bundesverbände und fünf Landesverbände mit über einer Million Mitgliedern organisiert.